

## **Rede anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung der ISOR e.V.**

**Liebe Vereinsfreundinnen und –freunde, liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste,**

Am 6. Juni 1991, vor etwa 25 Jahren entschieden sich die Gründer unserer Organisation, den Antrag zur Eintragung in das Vereinsregister zu stellen und im Widerstand gegen Rentenwillkür die solidarische Gemeinschaft der Betroffenen zu formieren.

Zu DDR-Zeiten hätten wir die Würdigung eines solchen Jahrestages sicherlich mit der Formel: „Ich begrüße und beglückwünsche Sie...“ eingeleitet. Selbstverständlich sind die Anwesenheit von Vertretern aus der Mehrzahl unserer territorialen Gruppen, darunter viele langjährige, kameradschaftlich verbundene Mitstreiter, die Präsenz unserer heutigen Ehrengäste und allein die Tatsache, dass sich ISOR auch nach 25 Jahren in solidarischer Geschlossenheit vorstellt, ausreichende Gründe, an diesem Tag Freude und Genugtuung zu empfinden.

Bedrückend ist aber zugleich, dass mehr als 25 Jahre nach der feindlichen Übernahme der DDR, 16 Jahre nach dem sich die Mitglieder der ISOR in einer Befragung mit überwältigender Mehrheit für die Fortsetzung der Kampfes bis zur endgültigen Beseitigung der Rentenstrafrechtes entschieden haben, der von uns angestrebte Erfolg noch nicht eingetreten ist.

Dabei gehört ISOR zu den mitgliederstärksten, finanziell am besten aufgestellten und erfolgreichsten ostdeutschen Sozialverbänden. An der Beseitigung des Rentenstrafrechtes für nahezu alle ehemaligen Angehörigen der NVA, des Ministeriums des Inneren, der Volkspolizei, des Strafvollzuges, der Feuerwehr, sowie der Zollverwaltung der DDR, an der Abmilderung der Strafrenten für die ehemaligen Angehörigen des MfS, waren viele beteiligt: der Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen im Deutschen Beamtenbund, der Bundeswehrverband Ost, die GBM, die Freunde der IGA und der GRH sowie die Volkssolidarität und nicht zuletzt viele Mitglieder und Parlamentarier der PDS, die auch als Partei DIE LINKE bis in die Gegenwart im Kampf um gerechte Renten mit uns eng verbunden ist. Doch ohne ISOR, ohne unsere Anwälte Mark Schippert und Benno Bleiberg, ohne unseren verehrten Professor Axel Azzola, ohne das Wirken unseres unvergessenen Professors Wolfgang Edelmann, hätte es diesen Erfolg nicht gegeben.

Gleich zu Beginn unseres Wirkens gelang es, die zusätzliche Belastung von Strafrenten auf Sozialhilfeniveau durch zusätzliche Krankenkassenbeiträge abzuwehren, später musste das Dienstbeschädigtenrecht korrigiert werden und heute besteht auch berechnete Hoffnung, dass demnächst wenigstens die Volkspolizisten und Zöllner von der Anerkennung der Zuschläge und Zulagen als rentenwirksame Leistungen profitieren werden.

In einem gewaltigen Kraftakt haben wir die Voraussetzungen geschaffen, um das Bundesverfassungsgericht zu einer erneuten Prüfung des Strafrentensystems zu veranlassen. Die Beschaffung und Sichtung einer Vielzahl von Unterlagen, die sofortige Nutzung der Möglichkeiten des Informationsfreiheitsgesetzes, die qualifizierte Begutachtung der gesammelten Daten, der Weg durch die gerichtlichen Instanzen und schließlich die Einreichung von mittlerweile 7 Verfassungsbeschwerden, darunter gemeinsam mit der Initiative für gerechte Altersversorgung (IGA) eingereichte Beschwerden, (6 zum § 7 AAÜG und eine zum §6(2) AAÜG) sind Ergebnis intensiver Arbeit über viele Jahre. Nur eine Organisation wie ISOR war hierzu in der Lage, übrigens auch um den gewaltigen finanziellen Aufwand in Höhe von ca. einer halben Million Euro für die erneuten Verfassungsbeschwerden zu schultern.

Bekanntlich ist eine Reihe von Personengruppen der ehemaligen DDR (geschiedene Frauen, Balletttänzer, Bergleute, technische Intelligenz, Krankenschwestern u.v.a.m.) auch heute noch von Rentenunrecht betroffen. Nicht alle schafften den Gang bis zum Bundesverfassungsgericht, viele mussten sich mit rechtskräftigen Urteilen abfinden oder hoffen auf politische Entscheidungen. ISOR hat sich bisher von allen Betroffenen am effektivsten, konsequentesten und hartnäckigsten zur Wehr gesetzt und ist damit auch zum Hoffnungsträger für andere Betroffene geworden.

Der Rückblick auf 25 Jahre ISOR ist Anlass für Erinnerung an viele Schwierigkeiten und Hindernisse, die erfolgreich gemeistert und überwunden werden konnten, an einen steinigen Weg, begleitet von Ausgrenzung, Anfeindungen und Diffamierungen. Den Mut der Gründer unserer Organisation kann nur ermessen, wer die Zeit unmittelbar nach 1990 bewusst erlebt hat: die hochkochende „Stasi“-Hysterie und der Triumph der vermeintlichen Sieger der Geschichte auf der einen und die tiefe Depression der ehemals staatsnahen DDR-Bürger auf der anderen Seite.

Was wurde nicht alles inszeniert, um ISOR kleinzuhalten. Die Wahl des ersten Vorstandes und die eingereichte Satzung wurden vom Amtsgericht nicht akzeptiert, ISOR wurde als Verein die Gemeinnützigkeit aberkannt, verbunden mit zunächst ruinösen Forderungen hinsichtlich Steuernachzahlungen, der Verfassungsschutz suchte nach Verbotsgründen, von der Hetze in den Medien ganz zu schweigen.

Doch schon 1993 kam der Verfassungsschutz zum Ergebnis, dass ISOR – wie es seine Satzung bestimmt – auf der Basis des Grundgesetzes agiert. Das hinderte den hinlänglich bekannten Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe nicht daran, auch 2006 noch die Beobachtung der ISOR durch den Verfassungsschutz zu fordern. ISOR hatte er zuvor in einem seiner Machwerke als „Tätergewerkschaft“ denunziert.

Liebe Freunde,

trotz vielfacher Schreiben an Politiker, Bundesbehörden, die Vorstände der Parteien und ihre Fraktionen im Deutschen Bundestag, auch nach individuellen und Massenpetitionen mit zehntausenden von Unterschriften blieben – mit Ausnahme der LINKEN – positive Reaktionen aus und es reifte die Einsicht, dass letztlich nur über

den langwierigen Weg gerichtlicher Auseinandersetzungen, hier wiederum nur durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes, Veränderungen zugunsten der Betroffenen möglich sind.

Wie stark auch das Bundesverfassungsgericht dem politischen Druck der den Zeitgeist bestimmenden DDR-Hasser ausgesetzt war und ist, zeigte dessen Entscheidung zur Beibehaltung der Straffrenten gegen ehemalige Minister der DDR und ihre Stellvertreter. Wer die Kommentare der staatstragenden Medien zum Tod von Margot Honecker verfolgt hat, braucht keine Phantasie, um sich vorstellen zu können, wie die BILD-Zeitung den Volkszorn geschürt hätte, falls ihr eine gerechte Rente zugesprochen worden wäre. Dass auch in diesem Fall der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das „deutsche Leitrecht“ bestätigt hat, zeigt nur, dass wir auch von diesem keine Hilfe zu erwarten haben.

Völlig anders reagierte der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Seit 1998 bereits zum dritten Mal und in zunehmender Schärfe hat er in Reaktion auf die deutschen Staatenberichte zur Verwirklichung der sozialen Menschenrechte die willkürlichen Rentenkürzungen für DDR-Bürger angeprangert. Bundesregierung und Bundestag haben die UNO-Kritik ignoriert und bisher auch individuelle Klagen bei der UNO gegen die Verletzung sozialer Rechte nicht zugelassen. Die Auseinandersetzungen in dieser Frage dauern noch an.

Gegenwärtig steht ISOR vor der größten Herausforderung in seiner Geschichte. Das nervenaufreibende Warten auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, enttäuschte Hoffnungen nach leeren Versprechungen, wonach erst noch 2014, dann 2015, neuerdings in „absehbarer Zeit“, verhandelt werden sollte und soll, strapaziert die Geduld selbst optimistisch Denkender und nährt Resignation.

Immer wieder werde ich gefragt: „Hat das alles noch einen Sinn? Ist es überhaupt denkbar, dass das Bundesverfassungsgericht zu unseren Gunsten entscheidet?“ Noch hat es aber nicht entschieden und noch ist seine Entscheidung offen und damit auch ein positives Ergebnis möglich. So lange wir kein abschließendes Urteil haben, so lange haben wir den Kampf nicht verloren.

Was aber kann man tun, um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu beschleunigen? Unsere Rechtsanwälte Benno Bleiberg und Dr. Bernfried Helmers haben im Auftrag unseres Vorstandes und in Abstimmung mit der IGA alle denkbaren Möglichkeiten gründlich geprüft. Anbieten würde sich - auch mit Bezug auf das hohe Lebensalter der Mandanten - eine Verzögerungsbeschwerde wegen überlanger Verfahrensdauer, die ein halbes Jahr nach einer vorangegangenen Verzögerungsrüge eingereicht werden könnte. Darüber entscheidet aber das Verfassungsgericht selbst, also im Prinzip die gleichen Richter, von denen wir ein positives Urteil erwarten. Prof. Dr. Dr. Merten brachte unser Dilemma auf den Punkt mit den Worten: „Ein gerügter Richter urteilt anders als ein nicht gerügter Richter!“ Hinzu kommt, dass unsere Beschwerden aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichtes ihrer Bedeutung und Dringlichkeit nach nicht an erster

Stelle stehen und einzelne andere Verfahren auch erst nach einer Verfahrensdauer von bis zu sieben Jahren entschieden wurden. Wir müssen also klug abwägen, ob und wann wir den Weg einer Verzögerungsbeschwerde beschreiten wollen. Zunächst haben die Rechtsanwälte Dr. Helmers und B. Bleiberg mit Zustimmung ihrer Mandanten am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Akteneinsicht genommen, wie es der Vorstand der ISOR und der Sprecherrat der IGA ihnen empfohlen haben. Im Ergebnis ist festzustellen, dass alle bisherigen Aktivitäten äußerst korrekt dokumentiert wurden. Terminisierungen waren allerdings nicht erkennbar, Bitten auf persönliche Gespräche mit dem Berichterstatter oder seinen Mitarbeitern wurde nicht entsprochen. Dem Bundesverfassungsgericht wurde mit der Akteneinsicht signalisiert, dass wir die Sache sehr ernst nehmen, das Bundesverfassungsgericht aber ebenso. Gegenstand der Entscheidungsfindung sind sowohl der § 7 als auch der § 6(2) AAÜG.

Es gibt wichtige Gründe für eine positive Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu unseren Verfassungsbeschwerden. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Verteidigung des Rechtsstaates. Die Einführung des Rentenstrafrechtes war nur um den Preis der Aufgabe rechtsstaatlicher Prinzipien, die Ersetzung rechtsstaatlicher Maßstäbe durch Willkür, durch einen offensichtlichen Verlust an Rechtskultur möglich. Wenn das Recht seine Funktion als Maßstab und Begrenzung staatlichen Handelns verliert, die Unabhängigkeit juristischer Entscheidungen von politischen Interessen aufgegeben wird, wird es überflüssig. In der Zeit des Faschismus galten sog. Führerbefehle als geltendes Recht. Damit wurde die Justiz zum willfährigen Vollstrecker schlimmsten Unrechts.

Es ist also nur folgerichtig, dass Verteidiger des Rechtsstaates, die in ihm auch eine bewährte Garantie für gesellschaftliche Stabilität sehen, an unserer Seite stehen, obwohl ihnen beim besten Willen keine Sympathien für Kommunisten, Mitarbeiter des MfS oder ähnlich verfemte Personengruppen nachgesagt werden können.

Als Hüterin des Grundgesetzes war das Bundesverfassungsgericht in der Vergangenheit bei zahlreichen Entscheidungen, die die deutsche Einheit betreffen, immer bemüht, der Lebenssituation der Menschen, die in der DDR aufgewachsen sind, hier gelebt und gearbeitet haben, gerecht zu werden. In der damaligen Sicht des 1. Senats und seines Vorsitzenden Prof. Dr. Steiner bestand der Wunsch, dass die Verfahren der Rentenüberleitung so abgeschlossen werden, dass es zu Regelungen kommt, die nicht wieder neue Rechtsfragen und neue Klagen auslösen. Versagt hat hier vor allem die Politik.

Sowohl durch die Klärung der Einkommensverhältnisse des MfS im Vergleich zur NVA und dem Mdl als auch durch das verfassungsrechtliche Gutachten von Prof. Dr. Dr. Merten ist eindeutig belegt, dass alle Konstrukte angeblich privilegierter Einkommen im MfS sachlichen Nachprüfungen nicht standhalten. Die Rentenkürzungen für die ehemaligen Angehörigen des MfS und kleine Gruppen weiterer sog. staatsnaher DDR-Bürger folgen ausschließlich dem von Hass und Rache bestimmten Bestreben zur exemplarischen Abrechnung mit dem einstigen

politischen Gegner. Unsere Forderung, wie alle anderen ehemaligen DDR-Bürger behandelt zu werden - so bereits erhoben auf unserer ersten Vertreterkonferenz 1992 in Gosen - ist legitim und aus rechtlicher Sicht unangreifbar. Alles andere ist soziale Diskriminierung, pauschale Abstrafung ohne individuellen Schulnachweis und bewusste Ignorierung des seit Bismarck geltenden Prinzips der Wertneutralität des Rentenrechts.

Sollte das Bundesverfassungsgericht wider Erwarten eine negative Entscheidung in unseren Verfahren treffen, so sind wir darauf vorbereitet. In einer Mitgliederbefragung werden wir entscheiden, was dann, auch im solidarischen Handeln mit uns befreundeten Sozialverbänden und Initiativen weiter zu tun ist.

Verehrte Freunde und Genossen,

Das „Neue Deutschland“ hier im Hause hat zu seinem 70-jährigen Bestehen mit dem Slogan aufgewartet: „Wir sind 70 und fühlen uns wie 25!“ Dagegen sind wir 25 und viele von uns fühlen sich längst nicht mehr wie 70, was bei einem Durchschnittsalter der ISOR-Mitglieder von ca. 75 Jahren nun wirklich zu verstehen ist. Das erreichte hohe Lebensalter – darunter besonders auch das Alter unserer Beschwerdeführer vor dem Bundesverfassungsgericht - verschärfen unsere Probleme. Nicht wenige Mitglieder und ganz besonders auch die Funktionäre unserer Organisation auf allen Ebenen, sind zunehmend gesundheitlichen und altersbedingten Einschränkungen ausgesetzt. Unsere Mitgliederzahl geht zurück und beträgt aktuell nur noch ca. 17.000 Mitglieder. Mehr als 13.000 Mitglieder der ISOR sind bereits verstorben und die Austritte überwiegen die Neuaufnahmen von Mitgliedern bei weitem.

„Die Schwachen kämpfen nicht. Die Starken kämpfen vielleicht eine Stunde. Die, die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ein Leben lang - diese sind unentbehrlich!“ Diese Weisheit von Bertolt Brecht ist für unseren Kampf aktueller denn je.

Dabei haben wir auch Verständnis für jene, die nicht zu den Stärksten gehören wollen oder können und unseren Verein verlassen. Sie haben oft jahrelang an unserer Seite gestanden und nun den Mut verloren. Sie werden deshalb nicht zu unseren Feinden. Wir werden ihnen – wenn erforderlich und gewünscht – auch weiter mit Rat und Tat zur Seite stehen, sie informieren und ihnen helfen.

Es lohnt auch nicht, wie das Kaninchen auf die Schlange, auf die ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu starren. Immer wieder müssen wir uns darauf besinnen, was ISOR stark gemacht hat und unseren Zusammenhalt befördert. Die sozialen Kontakte innerhalb unseres Vereins, seine Funktion als politische Heimat Gleichgesinnter, die selbstverständliche gegenseitige Hilfe und Unterstützung, die Freimütigkeit der Diskussion, gemeinsame Veranstaltungen und kulturelle Erlebnisse, auch im Verbund mit befreundeten Organisationen, wie der GRH, dem „Rotfuchs“, der GBM, dem Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR, das Wirken in sozialen Bündnissen und Initiativen

sowie in Seniorenvertretungen – alle diese sinnvollen Aktivitäten – bestätigen immer wieder die Notwendigkeit und Nützlichkeit unseres Wirkens.

ISOR ist ein solidarischer Zusammenschluss, gelebte Solidarität ist unser Markenzeichen. Wenn es dafür eines Beleges bedarf, dann vor allem die Tatsache, dass ehemalige Angehörige der Volkspolizei, der NVA und der Zollverwaltung weiter als Mitglieder und Funktionäre fest an unserer Seite stehen, obwohl ihre Rentenprobleme grundsätzlich gelöst sind. Das Gleiche trifft für die Ältesten unter uns zu, die sich schon längst nicht mehr für die eigene Rente, sondern für die Rente der Jüngeren unter uns aufopfern.

Doch es geht nicht nur um die Renten. Angesichts des Vormarsches rechtspopulistischer und selbst faschistoider Bewegungen in Europa und in Deutschland gewinnt die Solidargemeinschaft der ISOR zunehmend auch als Schutzorganisation für die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR an Bedeutung. Wenn die AfD in Deutschland weiter an Einfluss gewinnen, die etablierten Parteien nach rechts driften oder der „Kniefall von Thüringen“ zur allgemeinen politischen Linie der Partei DIE LINKE werden sollte, haben wir alle nichts Gutes zu erwarten. Auch 25 Jahre nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands sind keine Anzeichen für eine Revidierung des Feindbildes DDR zu erkennen. Pauschale Verurteilungen, Klischees und Vorurteile und die weitgehende Abkehr von jeglicher differenzierten Geschichtsbetrachtung bestimmen weiter die politische Agenda.

Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, in der die Weltherrschaftspolitik der USA zu einer realen Gefahr wurde, dass lokale Konflikte wie in der Ukraine und in Syrien sich zu einem neuen Weltkrieg ausweiten können. Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Kriegen, Armut und Umweltzerstörung. Die von der Bundeskanzlerin propagierte Willkommenskultur wurde längst durch systematische Flüchtlingsabwehr ersetzt. Das kapitalistische von Profitgier einiger Weniger getriebene System erweist sich als unfähig, die Ursachen von Kriegen oder der Verelendung ganzer Völker auch nur im Ansatz zu beseitigen und zu bekämpfen.

Wenn die DDR in den 40 Jahren ihrer Existenz nichts anderes bewirkt hätte, als das von deutschem Boden kein Krieg ausgehen konnte, schon dann hat sich der Einsatz für diesen Staat gelohnt. Vor etwa einem Jahr, im Mai 2015, haben sich auf Initiative von ISOR mehr als hundert ehemals hohe Militärs der DDR mit ihrem Aufruf „Soldaten für den Frieden“ an die Weltöffentlichkeit gewandt. Diese in der deutschen Militärgeschichte einmalige Aktion hat ein beachtliches Echo über die Grenzen Deutschlands hinaus gefunden, eine vierstellige Zahl von Mitunterzeichnern hat diesen nach wie vor höchst aktuellen Appell unterstützt. Es entspricht voll und ganz unseren Positionen, wenn die bekannte Friedensaktivistin Laura von Wimmersperg in der Mai-Ausgabe von „ISOR aktuell“ ihren Beitrag unter den Titel stellt: „Der Frieden ist nicht alles, aber ohne den Frieden ist alles nichts.“ So wie die DDR der deutsche Friedensstaat war, war unser Dienst zur Verteidigung der DDR Friedensdienst. Auch deshalb sind wir die natürlichen Verbündeten aller heutigen

Aktivitäten der Friedensbewegung und lehnen alle Versuche zu ihrer Spaltung und Marginalisierung ab.

Die Politik in Deutschland befindet sich seit Beginn dieses Jahres wieder einmal im Wahlkampf-Modus. Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt folgen im September weitere in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Berlin, in der ersten Hälfte des Jahres 2017 im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen und schließlich im September 2017 die Bundestagswahl.

ISOR ist seiner Satzung nach parteienunabhängig, aber deshalb nicht unpolitisch. Mit großer Sorge verfolgen wir den Zulauf enttäuschter, mit der Politik der Bundesregierung unzufriedener Wähler zur AfD, die auf die nationalistische Karte setzt und - erstmals wieder seit der Zeit des Faschismus - Menschen wegen ihrer religiösen Orientierung aus der Gesellschaft ausgrenzen möchte. Als in ihrem Selbstverständnis einzig wahre konservative Partei steht sie nach ihren Forderungen in der Sozial-, Wirtschafts-, Steuer-, Umwelt- und Familienpolitik noch rechts von der FDP. Die Profiteure der permanenten Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu Lasten der großen Bevölkerungsmehrheit haben von der AfD nichts zu befürchten. Im Gegenteil: Keine Erhebung von Gewerbe- Erbschafts- und Vermögenssteuern, Obergrenzen für Steuern und Abgaben, Wiederherstellung des Steuer- und Bankgeheimnisses, weniger staatliche Regulierung, Aufhebung der Mietpreisbremsen, Korrektur der als „Irrweg“ angesehenen Klimaschutzpolitik, Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke u.a.m.

Solche Forderungen sind des Pudels Kern. Ablenkend davon dürfen sich die „Wutbürger“ an Asylsuchenden und dem Islam abreagieren. Verpackt ist das Ganze in manchmal nachvollziehbare und vereinzelt sogar akzeptable Feststellungen. Auch wir sind nicht gegen den Ausbau der direkten Demokratie über Volksabstimmungen. Auch wir sind für ein vernünftiges außenpolitisches Verhältnis zu Russland, stehen andererseits aber AfD-Forderungen nach Stärkung der Bundeswehr und der NATO misstrauisch gegenüber.

Der besonders hohe Zuspruch der AfD im Osten Deutschlands, in Sachsen-Anhalt erhielt die AfD 24,3 % der Zweitstimmen, ist Ausdruck der Enttäuschung vieler Bürger angesichts der weiter ausbleibenden Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West und des Protestes gegen die etablierten, dafür verantwortlich gemachten Parteien. Die hohe Zahl der ankommenden Flüchtlinge wurde als Bedrohung des eigenen sozialen Status aufgefasst, Chaos und Unvermögen bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme als Staatsversagen empfunden. Lange Zeit erschien es, als würden einfache Wahrheiten, wie die Tatsache, dass Deutschland nicht in der Lage ist, alle Flüchtlinge dieser Welt aufzunehmen, ausgeblendet und ignoriert. Die Lage wird zusätzlich kompliziert, wenn die deutsche Politik bei der Lösung des Flüchtlingsproblems ausgerechnet die Zusammenarbeit mit dem türkischen Diktator Erdogan sucht, der mit seinem Krieg gegen die Kurden und

seiner Unterstützung für den Islamischen Staat einer der Hauptverursacher und Antreiber der Krise im Nahen Osten ist.

Getrieben von Umfragewerten sind alle Parteien bemüht, verlorenes Vertrauen bei den Wählern zurückzugewinnen. Dabei rücken soziale Themen, darunter auch das der wachsenden Altersarmut und der Renten zwangsläufig in den Mittelpunkt. Nicht zufällig werden ab Juli dieses Jahres die Renten spürbar erhöht. Auch wenn ein Teil der Erhöhungen z.B. durch Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung, die Erhöhung der Mieten und Strompreise, Rentenbesteuerung usw. gleich wieder einkassiert wird, ist der Versuch, über 20 Millionen Rentner bei den Wahlen milde zu stimmen, unübersehbar.

Für Mitte dieses Jahres ist ein Bericht der Bundesregierung zur Angleichung der Rentenwerte Ost an West angekündigt. Damit würden die Bezüge der Bestandsrentner erhöht, mit dem angedachten Wegfall der Höherbewertung der ostdeutschen Einkommen, die Rentenansprüche der heute noch im Arbeitsleben Stehenden jedoch deutlich reduziert. Diese Generation ist zusätzlich durch die Absenkung des Rentenniveaus von ursprünglich 53% der Arbeitseinkommen auf derzeit 47 % und 2030 geplant auf 44,5 % gebeutelt und zu erheblichen Teilen von Altersarmut bedroht.

Das ist Ergebnis eines Paradigmenwechsels in der deutschen Rentenversicherung Anfang dieses Jahrhunderts, des Wechsels von lebensstandardsichernden Renten zur Begrenzung der Beitragssätze. Mit der Einführung der sog. Riesterrente, die mittlerweile als gescheitert angesehen wird, wurden die Versicherungskonzerne reich gemacht und der wohl größte Rentenbetrug eingeleitet. Am Ende nützt diese private Vorsorge nur denen, die auch sonst über gute Einkommen verfügen. Auch die staatliche Förderung der Betriebsrenten ist eine Umverteilung von Steuermitteln für eine begrenzte Gruppe zu Lasten der allgemeinen Rentenversicherung.

Wie ein Rentensystem funktionieren kann, zeigt das Beispiel Österreichs. Es zeigt auch, was sozialdemokratische Politik bewirken kann, die diesen Namen noch verdient. Unter den 18 OECD-Staaten steht das Rentenniveau Österreichs an erster Stelle. Deutschland belegt zusammen mit Bulgarien und Ungarn den 9. Platz. In der Juni-Ausgabe von „ISOR aktuell“ haben wir das ausführlich beschrieben. Ein reiches Land wie Deutschland wäre bei vorhandenem politischem Willen durchaus in der Lage ein vergleichbares Rentensystem zu installieren. Milliarden für die Bankenrettung, zur Stützung der Energiekonzerne beim Atomausstieg, zur Übernahme der griechischen Schulden der Banken durch die Steuerzahler, Steuergeschenke für die betrügerische Autoindustrie, der Verzicht auf eine angemessene Kapitalertragssteuer, auf Erbschafts-, Vermögens- und Finanztransaktionssteuern, die Verhinderung eines von allen Bürgern durch Einzahlung gestütztes Rentensystems, ein insgesamt ungerechtes Steuersystem beweisen hinreichend, dass ein solches Vorhaben auch finanzierbar wäre.



ISOR wird für die Wahlen in diesem und im nächsten Jahr keine zentralen Empfehlungen geben. Gewählt werden sollten solche Parteien und Kandidaten, die nicht als politische Scharfmacher und Kriegshetzer hervortreten und von denen Unterstützung für unseren Rentenkampf und soziale Verbesserungen erwartet werden können. Gewählt werden sollte aber auf jeden Fall. Wer nicht wählt, wählt am Ende das amtliche Ergebnis. Das trifft leider auch für die Wahl chancenloser kleiner Parteien zu, deren Stimmen am Ende proportional denen zufallen, die die 5%-Hürde übersprungen haben.

Liebe Vereinsfreundinnen und Vereinsfreunde, liebe Genossinnen und Genossen,

25 Jahre ISOR sind ein würdiger Anlass, allen Dank zu sagen, die an der Gründung, Entwicklung und Stärkung unseres Vereins Anteil hatten und haben. Ohne die aufopferungsvolle und engagierte Arbeit in den TIG, ohne den selbstlosen Einsatz der Vorstände, der Betreuer und Kassierer an unserer Basis, wäre ISOR nicht lebensfähig. Einige besonders verdienstvolle und langjährige Mitstreiter, die aus Alters- und Gesundheitsgründen aus verantwortungsvollen Funktionen ausschieden, werden wir heute erstmalig zu Ehrenmitgliedern der ISOR ernennen. Sie stehen stellvertretend für viele andere, die oftmals bescheiden und in selbstverständlicher Pflichterfüllung ihren Beitrag zum Gelingen unserer Sache geleistet haben.

Weitere Ehrungen und Anerkennungen werden in TIG-Veranstaltungen anlässlich unseres 25. Jahrestages erfolgen.

Wir danken allen, die über die vielen Jahre durchgehalten und nicht aufgegeben haben, die auch heute noch fest zu unserer Entscheidung stehen, den Kampf bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts fortzusetzen. Das fällt vielen von uns zunehmend schwerer und wir sind immer wieder gehalten, uns auf realistische Ziele und Aufgaben zu konzentrieren, die keinen überfordern. Nicht aufzugeben, das sind wir auch denen schuldig, die das Ende unseres Kampfes nicht mehr erleben können. Unrecht bleibt Unrecht und wir werden uns damit niemals abfinden, wir werden dagegen ankämpfen, solange es uns irgendwie möglich ist.

Wir danken den Verbänden und Vereinen, die uns über viele Jahre solidarisch unterstützten und weiter unterstützen und deren Vertreter heute unter uns weilen, vor allem der GRH, GBM, dem Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR und der IGA. Wir danken denjenigen Parlamentariern, Funktionären und Mitgliedern der Partei DIE LINKE, die – bei verständlicher kritischer Sicht auf die Vergangenheit – ihre Wurzeln in der DDR nicht verleugnen und weiter gegen die Benachteiligungen der Ostdeutschen auftreten. Wir danken den Vertretern linker Parteien und Organisationen, insbesondere der DKP und dem „Rotfuchs“, die sich der Verteufelung der DDR und ihrer Verteidiger entgegenstellen und wir danken dem Ostdeutschen Kuratorium der Verbände, als dessen Mitgliedsorganisation wir bei Wahrung unserer organisatorischen Selbständigkeit den Schulterschluss mit anderen Organisationen bei der Verteidigung ostdeutscher Interessen suchen und praktizieren.

25 Jahre harter Arbeit mit Erfolgen und Niederlagen, mit Höhen und Tiefen, liegen hinter uns, 25 Jahre in denen wir Erfahrungen sammeln konnten und viel gelernt haben, in denen wir nicht nur älter sondern auch klüger geworden sind. Das alles berechtigt uns dazu, optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Liebe Vereinsfreunde, werte Gäste,

Ich bin persönlich von unserem Erfolg überzeugt, die längste Zeit hat unser Kampf für soziale Gerechtigkeit gedauert. Was wir bisher erfolgreich geleistet und geschafft haben, haben wir nicht nur für uns, sondern für alle vom Rentenunrecht betroffenen Menschen, für unsere Kinder und Enkelkinder getan. Gerade sie werden stolz sein, was die Alten alles so fertig gebracht haben, wenn wir darüber auch so manche Feder verloren haben. Auch ein nacktes Huhn kann ganz schön gackern. Das werden wir solange tun, bis der soziale Frieden und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen in Ost und West hergestellt ist.

Mit Mut und Ausdauer: Wir schaffen das!